



Landratsamt
Ebersberg

Beteiligungsbericht zum doppischen Haushalt für das Haushaltsjahr 2014



Kreis- und Strategieausschuss 11.11.2013
Kreistag 16.12.2013

LANDRATSAMT

Der Stabsstelle Finanzen und Controlling wurde mit interner Verfügung vom 11.10.2005 die Verwaltung der Beteiligungen übertragen. Die wirtschaftlichen Beteiligungen des Landkreises werden nun zentral erfasst und im Rahmen einer „Beteiligungsverwaltung“ überwacht. Dazu gehört insbesondere, dass die jeweiligen Beteiligungen ihrer Mitteilungspflicht nachkommen und auch der Landkreis seiner Aufsichts- und Überwachungspflicht sowie Mitteilungspflicht an den Kreistag.

Nach wie vor sind nicht alle zur Beteiligung gehörigen Unterlagen zentral erfasst. Eine systematische Beteiligungsverwaltung ist nur in dem Umfang möglich, in dem Unterlagen zur Verfügung gestellt werden. So fehlt insbesondere die Bereitstellung von Protokollen der Beteiligungen für Zwecke der Beteiligungsverwaltung. Der Aufbau eines Beteiligungscontrollings ist so erst gar nicht möglich. Der Kreis- und Strategieausschuss hat sich zwar in seiner Sitzung am 11.10.2010 mit dem Thema befasst. In der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates der Kreisklinik Ebersberg gGmbH, die in der Sitzung am 31.01.2002 beschlossen wurde, wurde in § 3 Abs. 3 folgende Regelung getroffen: „Der Aufsichtsrat und der Aufsichtsratsvorsitzende können leitende Beschäftigte der Klinik und Sachkundige zur Beratung hinzuziehen.“ Dies sei bisher auch bereits gängige Praxis; Frau Brigitte Keller wurde auch in der Vergangenheit als Leiterin der Stabsstelle Finanzen und Controlling zu einzelnen Tagesordnungspunkten hinzugezogen. Trotz dieser Regelung fehlen der Beteiligungsverwaltung nach wie vor die erforderlichen Unterlagen, um ihre Aufgaben ordnungsgemäß wahrnehmen zu können. Der Aufsichtsrat selbst entscheidet darüber, zu welchen Themen die Beteiligungsverwaltung hinzugezogen wird, eine Aufsichts- und Überwachungspflicht ist der Beteiligungsverwaltung deshalb auch nicht möglich.

Art. 82 Abs. 3 LKrO bestimmt, dass der Landkreis jährlich einen Bericht über seine Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen hat. Die Höhe der jeweiligen Beteiligungen sind als Anlagevermögen nach § 98 Nr. 4 in Verbindung mit § 85 Abs. 2 Nr. 1 KommHV-Doppik auszuweisen.

Der Beteiligungsbericht soll dafür sorgen, dass die Erfüllung kommunaler Aufgaben trotz Ausgliederung in Gesellschaften des Privatrechts für die Kommune und den Bürger transparent bleibt.

Berichtspflichtig sind nur Beteiligungen von mindestens 5 %, weshalb die Beteiligung des Landkreises an dem Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH (MVV) mit 3,57 % nicht weiter aufgeführt wird.

Der Beteiligungsbericht ist vom Kreistag in öffentlicher Sitzung zu beraten. Die Verwaltung hat die Landkreisbürger über den Beteiligungsbericht in geeigneter Form zu unterrichten, dies geschieht über die Veröffentlichung im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen.

Hinweis:

Auf Empfehlung des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes werden in den Beteiligungsbericht 2014 erstmals die Gesundheit Oberbayern GmbH und der Zweckverband Staatliche Realschule Vaterstetten aufgenommen. Mittelfristig sollen alle Zweckverbände, an denen der Landkreis Ebersberg beteiligt ist, in den Bericht aufgenommen werden.

Der Landkreis Ebersberg ist an folgenden Unternehmen beteiligt:

Kreisklinik Ebersberg gGmbH: 100 %	Grundstücksbeschaffungs- und Erschließungsgesellschaft Ebersberg Verwaltungs GmbH (GBEG): 90 %	Grundstücksbeschaffungs- und Erschließungsgesellschaft Ebersberg mbH & Co. KG: 39,82 %
--	--	--

```
graph TD; A[Kreisklinik Ebersberg gGmbH: 100%]; B[CliniService Ebersberg GmbH]; C[Gesundheit Oberbayern GmbH]; A --- B; A --- C;
```

Kreisklinik gemeinnützige GmbH

Es handelt sich um eine gemeinnützige GmbH, deren Gründung im Kreistag am 23.04.2001 beschlossen wurde. Der Landkreis ist Alleingesellschafter der zum 1.1.2002 gegründeten Kreisklinik gemeinnützige GmbH. Die Stammeinlage des Landkreises beläuft sich auf 100.000 Euro.

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Kreisklinik Ebersberg sowie der zugehörigen Ausbildungsstätten, Nebeneinrichtungen und Nebenbetriebe. Zweck der Gesellschaft ist die bestmögliche Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen im Rahmen der Aufgabenstellung nach dem Krankenhausplan des Freistaates Bayern sowie des Versorgungsauftrages. Dies hat durch die langfristige Sicherung und Weiterentwicklung der Kreisklinik zu erfolgen.

Nach § 14 der Satzung der Kreisklinik gemeinnützige GmbH wird der Aufsichtsrat nach dem Verfahren Hare-Niemeyer besetzt. Es entfallen auf die CSU vier Sitze, die SPD zwei Sitze, Bündnis 90/Die Grünen und Freie Wähler je ein Sitz.

Seit der Neuwahl des Landrats im April 2013 wird der **Aufsichtsrat** für die restliche Dauer der Wahlperiode des Kreistages (2008 – 2014) wie folgt besetzt:

Vorsitzender

Landrat Robert Niedergesäß

Mitglied

Martin Wagner
Thomas Huber
Susanne Linhart
Rainer Lauterbach
Elisabeth Platzer
Ralf Kirchner
Max Maier
Gerd Gietl

Ersatzmitglied

Franz Langlechner
Hans Vollhardt
Magda Föstl
Florian Alte
Thomas Kroll
Sabine Brückmann
Christine Gerneth
Ludwig Maurer

Hans Ulrich Hofmann, Geschäftsführer der BKG a. D. (externes Mitglied)
Werner Fenzl, Betriebsratsvorsitzender

Die **Gesellschafterversammlung** ist mindestens einmal jährlich als ordentliche Gesellschafterversammlung einzuberufen. Außerdem ist eine Gesellschafterversammlung einzuberufen, wenn die Geschäftsführung, der Gesellschafter oder der Aufsichtsrat unter Angabe der Tagesordnungspunkte dies verlangen. **Die Stimmabgabe des Landrates in der Gesellschafterversammlung setzt einen Beschluss des Kreistages voraus**, da die dortigen Entscheidungen keine laufenden Angelegenheiten im Sinne des Art. 34 LKrO sind.

Nach § 44 Abs. 7 der GeschOKT informiert der Landrat den Kreis- und Strategieausschuss mindestens zweimal jährlich über den Geschäftsverlauf der Kreisklinik. Dies erfolgt seit 2011 unmittelbar gegenüber dem Kreistag, der abwechselnd einmal in nichtöffentlicher und einmal in öffentlicher Sitzung über die Angelegenheiten der Kreisklinik informiert wird.

Verpflichtung aus Überlassungsvertrag:

In Nr. 6 des Überlassungsvertrages vom 5.11.2001 ist zur Liquiditätssicherung der gGmbH durch den Landkreis eine Bürgschaftsverpflichtung über 4 Mio. Euro enthalten.

Bürgschaft vom 07.01.2002, zuletzt verlängert am 12.01.2009: 4.000.000 €

Haftungsrechtliche Verhältnisse:

Die gGmbH haftet nur mit dem Gesellschaftsvermögen. Die Haftung des Landkreises ist dadurch auf die Einlage begrenzt. Der Landkreis hat jedoch für Kredite der gGmbH Bürgschaften übernommen, um der gGmbH günstige Kommunal-

darlehenszinsen zu ermöglichen und eine Fördermittelrückzahlung an den Freistaat Bayern zu vermeiden.

Folgende Bürgschaftsverpflichtungen wurden abgegeben:

Aus 11/2001 über 83.000.000,00 DM =	42.437.226,14 €
Aus 05/2005 Aufstockung (Baufortschritt)	9.000.000,00 €
Aus 02/2009	10.000.000,00 €
<u>Aus 04/2010</u>	<u>11.824.000,00 €</u>
Summe	73.261.226,14 €

Reduzierungen erfolgen aufgrund der Abschreibung, Fördermittel erhöhen die Bürgschaft. Neuerliche Aufstockungen werden nötig, wenn die Fördermittel höher als der Bürgschaftsbetrag sind. Dies wird 2014 wieder der Fall sein. Mittelfristig ist zu erwarten, dass die Bürgschaftsverpflichtungen eine Höhe von über 80 Mio. € erreichen werden.

Erfordernis eines öffentlichen Auftrages (sog. Betrauungsakt):

Krankenhäuser fallen grundsätzlich in den Anwendungsbereich des EU-Beihilferechts. Demzufolge ist auch die Entscheidung der Kommission vom 28.11.2005 über die Anwendung von Art. 86 Abs. 2 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen, die bestimmten mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse betrauten Unternehmen als Ausgleich gewährt werden (2005/842/EG, Abl. EU Nr. L 312/67 vom 29.11.2005) – Freistellungsentscheidung – anwendbar (Art. 2 Abs. 1 Buchst. B der Freistellungsentscheidung).

Mit dem Wirtschaftsplan 2010 gibt es einen grundlegenden Wandel im Bereich der Wirtschaftsplanung im Hinblick auf die Berücksichtigung von europäischem Beihilferecht. Der bisherige Begriff „korrespondierende Posten“ wurde nun ersetzt durch den Begriff „Ausgleichszahlungen und andere Begünstigungen des Landkreises für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“ (DAWI).

Um eine Notifizierung der Zuwendungen an die Kreisklinik gGmbH bei der EU-Kommission zu vermeiden, muss der Landkreis die Kreisklinik Ebersberg gGmbH im Rahmen eines sog. Betrauungsaktes öffentlich betrauen. Dies deshalb, weil die Zuschüsse an die Kreisklinik in der Regel die Grenzen, die durch die DE-Minimis-Verordnung vorgegeben sind, übersteigen. Voraussetzung für die Bezuschussung der Kreisklinik gGmbH ist deshalb ein Betrauungsakt im Rahmen der Freistellungsentscheidung.

Der Kreistag hat mit Beschluss vom 21.12.2009, TOP 5, diesen Betrauungsakt vollzogen. Am 13.5.2013 fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

- 1. Der Betrauungsakt in der neuen Fassung nach dem Beschluss der Kommission (Almunia) tritt am 14.05.2013 in Kraft, ist 10 Jahre gültig und ist jederzeit widerrufbar. Die Betrauung der Kreisklinik Ebersberg gemeinnützige GmbH mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse vom 21.12.2009 tritt mit Ablauf vom 13.05.2013 außer Kraft.*
- 2. Der Landrat wird beauftragt, den öffentlichen Auftrag in der vorliegenden Form zu unterzeichnen.*
- 3. Der Betrauungsakt ist Bestandteil dieses Beschlusses und Anlage zur Niederschrift.*

Seit 2010 sind die DAWI als Anlage dem Haushaltsplan beigefügt.

Geschäftsführer und Bezüge des Geschäftsführers:

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Stefan Huber (seit 01.02.2009).

Zwischen der gmbH und dem bestellten Geschäftsführer ist ein Geschäftsführervertrag geschlossen worden, in dem u.a. die Dauer des Vertrages, die Vertretungsbefugnis, die Bezüge, sowie die Arbeitszeit geregelt sind. Zur Höhe der Bezüge werden gemäß Art. 82 Abs. 3 Satz 3 LKrO i.V.m. §§ 285 Nr. 9a und 286 Abs. 4 HGB keine Angaben gemacht.

Ertragslage zum Abschlussstichtag:

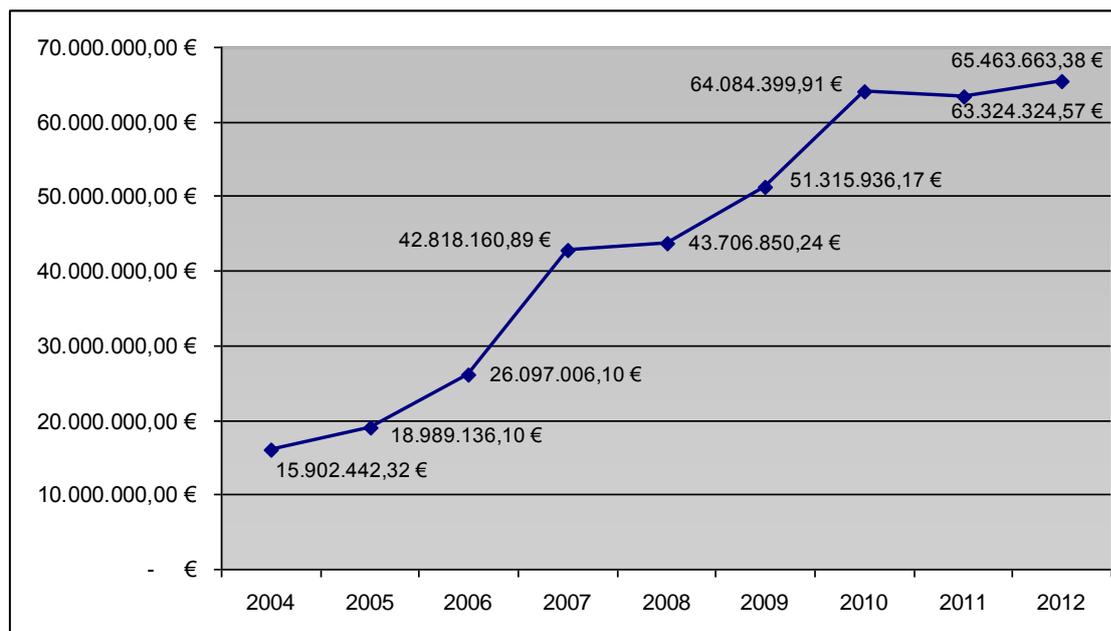
Stichtag	Bilanzsumme	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
31.12.2004	26.128.980,66 €	+ 1.589.519,49 €
31.12.2005	32.003.485,84 €	+ 1.479.701,00 €
31.12.2006	36.880.902,66 €	+ 1.170.039,80 €
31.12.2007	72.193.372,24 €	- 647.511,47 €
31.12.2008	71.026.937,67 €	- 75.640,60 €
31.12.2009	65.267.897,86 €	+ 1.328.108,90 €
31.12.2010	79.672.137,01 €	+ 3.755.790,98 €
31.12.2011	77.301.088,21 €	+ 768.475,03 €
31.12.2012	77.448.926,76 €	- 829.909,77 €

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten:

31.12.2004	553.899,57 €	31.12.2009	447.380,47 €
31.12.2005	532.595,75 €	31.12.2010	426.076,65 €
31.12.2006	511.291,93 €	31.12.2011	404.772,83 €
31.12.2007	489.988,11 €	31.12.2012	383.469,01 €
31.12.2008	468.684,29 €		

Anlagevermögen:

Die nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung des Anlagevermögens:



Durch die laufenden Baumaßnahmen erhöht sich das Anlagevermögen der gGmbH stetig. Bis Bauabschnitt 3 b wurde das Anlagevermögen ausschließlich im Sondervermögen Kreisklinik abgebildet, ab Bauabschnitt 4 wird das Anlagevermögen unmittelbar in der gGmbH ausgewiesen.

Jahresabschlussprüfung:

Seit 2008 ist die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatergesellschaft Rödl & Partner GmbH, Nürnberg (Wirtschaftsprüfer Vogel und Kießling) beauftragt.

Feststellung der Wirtschaftsprüfer am 22.05.2013 für das Geschäftsjahr 2012:

„Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

CliniService Ebersberg GmbH (CSE)

Die CliniService Ebersberg GmbH ist eine 100%ige Tochter der Kreisklinik gemeinnützige GmbH und wurde zum 1.6.2004 gegründet. Die CliniService Ebersberg GmbH erbringt Dienstleistungen im Gesundheits- und Sozialbereich, insb. im Zusammenhang mit dem Betrieb der Kreisklinik Ebersberg gGmbH.

Das zur Gründung erforderliche Gesellschaftskapital in Höhe von 25.000 Euro wurde als Schenkung vom Landkreis zur Verfügung gestellt und findet sich daher nicht in der Bilanz des Landkreises.

Organe und deren Zusammensetzung:

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Die Gesellschafterversammlung besteht aus folgenden Mitgliedern:

Mitglied	Funktion
Stefan Huber	Geschäftsführer
Eduard Malczan	Prokurist der gGmbH
Nicht namentlich benannt	SchriftführerIn

In der Gesellschafterversammlung ist lediglich Herr Stefan Huber als Vertreter der Muttergesellschaft stimmberechtigt. Es wurde in der Satzung geregelt, dass alle Geschäfte, die in die Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung fallen, erst nach Erteilung der Zustimmung durch den Aufsichtsrat der Muttergesellschaft (Kreisklinik Ebersberg gemeinnützige GmbH) durchgeführt werden dürfen (§ 7 Abs. 4 der Satzung der CSE).

Geschäftsführer und Bezüge des Geschäftsführers:

Geschäftsführer ist Herr Stefan Huber, der auch die Geschäftsführung der Kreisklinik Ebersberg gGmbH wahrnimmt.

Ein (weiteres) Entgelt für die Geschäftsführertätigkeit bei der CliniService Ebersberg GmbH wird nicht gezahlt.

Ertragslage zum Abschlussstichtag:

Stichtag	Bilanzsumme	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
31.12.2004	100.259,27 €	- 63.461,13 €
31.12.2005	108.710,02 €	+ 91.198,23 €
31.12.2006	116.543,60 €	+ 26.426,49 €
31.12.2007	137.032,95 €	+ 5.500,64 €

Stichtag	Bilanzsumme	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
31.12.2008	151.644,46 €	- 4.481,04 €
31.12.2009	177.069,97 €	+ 23.525,76 €
31.12.2010	172.585,36 €	- 16.769,03 €
31.12.2011	244.582,01 €	+ 56.847,41 €
31.12.2012	322.979,75 €	+ 5.417,27 €

Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten:

31.12.2004:	0,00 €
31.12.2005:	0,00 €
31.12.2006:	0,00 €
31.12.2007:	0,00 €
31.12.2008:	0,00 €
31.12.2009:	0,00 €
31.12.2010:	0,00 €
31.12.2011:	0,00 €
31.12.2012:	0,00 €

Anlagevermögen:

31.12.2004:	0,00 €
31.12.2005:	0,00 €
31.12.2006:	0,00 €
31.12.2007:	0,00 €
31.12.2008:	0,00 €
31.12.2009:	0,00 €
31.12.2010:	0,00 €
31.12.2011:	0,00 €
31.12.2012:	0,00 €

Jahresabschlussprüfung:

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatergesellschaft Rödl & Partner GmbH,
Nürnberg (Wirtschaftsprüfer Vogel und Kießling).

Feststellung der Wirtschaftsprüfer am 22.05.2013 für das Geschäftsjahr 2012:

„Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Gesundheit Oberbayern GmbH

Die Gesundheit Oberbayern GmbH mit Sitz in Starnberg ist ein Zusammenschluss 12 kommunaler Unternehmen aus Oberbayern mit dem Ziel, den Bestand der Kliniken und Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft nachhaltig zu sichern.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 30.06.2010 beteiligte sich die Kreisklinik Ebersberg gemeinnützige GmbH durch Schaffung eines neuen Gesellschaftsanteils im Nennbetrag von 10.000 Euro zu 12,5 % an der Gesundheit Oberbayern GmbH.

Geschäftsführer und Vorsitz der Gesellschaft:

Geschäftsführer der Gesundheit Oberbayern GmbH ist Dr. Thomas Weiler, der auch die Geschäftsführung der Kreiskrankenhaus Starnberg GmbH wahrnimmt.

Vorsitzender der Gesellschaft ist Herr Stefan Huber (Geschäftsführung der Kreisklinik Ebersberg gGmbH, siehe oben).

Ertragslage zum Abschlussstichtag:

Stichtag	Bilanzsumme	Jahresüberschuss/-fehlbetrag
31.12.2009	117.003,69 €	72.596,82 €
31.12.2010	117.571,86 €	928,21 €
31.12.2011	118.889,35 €	1.165,94 €

Verbindlichkeiten:

31.12.2009:	31.106,87 €
31.12.2010:	28.457,81 €
31.12.2011:	27.029,13 €

Anlagevermögen:

31.12.2009:	645,00 €
31.12.2010:	798,00 €
31.12.2011:	447,00 €

Zweckverband Realschule Vaterstetten

Die Realschule Vaterstetten wird als Zweckverband geführt. Die Gründung erfolgte im Jahr 1978 mit Inkrafttreten der Verbandssatzung am 09.12.1978. Verbandsmitglieder sind die Landkreise Ebersberg und München sowie die Gemeinden Grasbrunn und Haar (§ 2 Abs. 1 Verbandssatzung).

Die Aufnahme des Schulbetriebs im eigenen Gebäude erfolgte zum Schuljahr 1982/83, nachdem seit dem Schuljahr 1979/80 in angemieteten Räumen unterrichtet wurde. Im Jahr 2000 wurde die sechsstufige Realschule eingeführt.

Die Auslastung der Schule im Schuljahr 2013/14 beträgt 126 %.

Verbandsräte (seit Neuwahl des Landrats in Ebersberg):

Gde. Haar	Helmut Dworzak, Horst Wiedemann
Gde. Grasbrunn	Klaus Komeder
Lkr. Ebersberg	Robert Niedergesäß, Udo Ockel, Piet Mayr, Günter Lenz, Doris Häuser, Georg Reitsberger, Martin Wagner
Lkr. München	Johanna Rumschöttel, Susanne Böhm, Anette Gansmüller-Maluhe

Wirtschafts- u. Haushaltsführung:

Gem. § 13 Abs. 2 Verbandssatzung wurden die durch den Bau der Schule verursachten Kosten wie folgt aufgeteilt:

Verbandsmitglied	Anteilsatz in %
Lkr. Ebersberg	71,67
Lkr. München	20,26
Gde. Grasbrunn	2,10
Gde. Haar	5,97
Summe	100,00

Diese Aufteilung gilt jedoch nicht für Erweiterungs- und Umbaumaßnahmen sowie Ergänzungen der Erstausrüstung, da die dabei entstehenden Kosten nur auf die Landkreise München und Ebersberg aufgeteilt werden, nicht auf die Gemeinden Haar und Grasbrunn.

Für die Verteilung der Kosten wird auf die Schülerzahlen zum Stichtag 1. Oktober des vor Baubeginn bzw. Anschaffung liegenden Jahres abgestellt. Dadurch ergeben sich für einzelne Maßnahmen unterschiedliche Verteilungsschlüssel.

GBEG Grundstücksbeschaffungs- und Erschließungsgesellschaft Ebersberg Verwaltungs GmbH

Diese Gesellschaft wurde 1991 gegründet. Der Beteiligungsverwaltung liegen keine Informationen vor, was künftig mit der Gesellschaft beabsichtigt ist. Die Stammeinlage des Landkreises beträgt 45.000 DM = 23.008,13 Euro, das entspricht einem Unternehmensanteil von 90 %.

Die Anteile werden vom Landkreis in der Absicht gehalten, eine dauernde Verbindung zu dieser Gesellschaft herzustellen.

Organe und deren Zusammensetzung:

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Die **Gesellschafterversammlung** besteht nach der Neuwahl des Landrats im April 2013 aus folgenden Mitgliedern:

Mitglied	Funktion
Robert Niedergesäß	Landrat des Landkreises Ebersberg
NN	Ein Vorstandsmitglied der Kreissparkasse Ebersberg
Udo Ockel	Geschäftsführer

Der Gesellschafterversammlung gehört „die Kreissparkasse“ mit einem (Vorstands-) Mitglied an. Nach dem Wechsel des Vorstandsvorsitzenden im Juni 2008 fand durch die Kreissparkasse keine namentliche Benennung eines Nachfolgers für diese Position(en) statt. Am 1.5.2011 fusionierte die Kreissparkasse Ebersberg zur Kreissparkasse München-Starnberg-Ebersberg. Der Kreistag stimmte dieser Fusion in seiner Sitzung am 21.02.2011 zu.

Geschäftsführer und Bezüge des Geschäftsführers:

Geschäftsführer	Udo Ockel
Bezüge des Geschäftsführers	240,00 € mtl.

Ertragslage zum Abschlussstichtag:

Stichtag	Bilanzsumme	Jahresüberschuss/-fehlbetrag
31.12.2004	58.875,29 €	1.417,96 €
31.12.2005	57.946,23 €	1.453,96 €
31.12.2006	64.051,59 €	3.136,36 €
31.12.2007	62.921,97 €	1.784,67 €
31.12.2008	60.037,71 €	1.805,52 €

Stichtag	Bilanzsumme	Jahresüberschuss/-fehlbetrag
31.12.2009	60.733,25 €	1.497,79 €
31.12.2010	63.385,16 €	1.096,42 €
31.12.2011	61.070,88 €	1.693,73 €
31.12.2012	62.640,06 €	1.409,50 €

Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten:

31.12.2004:	0,00 €
31.12.2005:	0,00 €
31.12.2006:	0,00 €
31.12.2007:	8.280,87 €
31.12.2008:	0,00 €
31.12.2009:	0,00 €
31.12.2010:	0,00 €
31.12.2012:	0,00 €
31.12.2012:	0,00 €

Anlagevermögen:

31.12.2004:	0,00 €
31.12.2005:	0,00 €
31.12.2006:	0,00 €
31.12.2007:	0,00 €
31.12.2008:	0,00 €
31.12.2009:	0,00 €
31.12.2010:	0,00 €
31.12.2011:	0,00 €
31.12.2012:	0,00 €

Jahresabschlussprüfung:

Der Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für 2012 liegt noch nicht vor.

GBEG Grundstücksbeschaffungs- und Erschließungsgesellschaft Ebersberg mbH & Co. KG

Der Landkreis ist an dieser seit 1992 bestehenden Gesellschaft als Kommanditist mit einem Kapitalanteil von 45.000 DM = 23.008,12 Euro bzw. 39,82 % beteiligt. Der Beteiligungsverwaltung liegen keine Informationen vor, was künftig mit der Gesellschaft beabsichtigt ist.

Die Anteile werden vom Landkreis in der Absicht gehalten, eine dauernde Verbindung zu dieser Gesellschaft herzustellen.

Wegen bilanzieller Überschuldung wurde die Einlage in Höhe von 23.008,12 Euro auf Vorschlag des Bayer. Kommunalen Prüfungsverbandes in der Eröffnungsbilanz des Landkreises auf 1 Euro herabgesetzt.

Die KG, deren Geschäfte durch die GmbH geführt werden, hat als Geschäftszweck den Erwerb und die Erschließung von Grundstücken. Dabei sollen den betroffenen Gemeinden oder dem Landkreis Grundstücke als Bauland beschafft werden. Gedacht ist dabei insbesondere an Grundstücke für die Bebauung im Rahmen von Einheimischenmodellen sowohl zu Wohn- als auch Gewerbebezwecken. Dieser Unternehmensgegenstand soll zu möglichst günstigen Konditionen und unter größtmöglicher Nähe zu den betroffenen Kommunen erfüllt werden.

Organe und deren Zusammensetzung:

Die GmbH & Co. KG hat neben der GmbH als persönlich haftender Gesellschafterin folgende Kommanditeinlagen:

Landkreis Ebersberg	45.000 DM	Markt Markt Schwaben	9.000 DM
Kreissparkasse Ebersberg	5.000 DM	Gemeinde Moosach	2.000 DM
Gemeinde Anzing	4.000 DM	Gemeinde Pliening	4.000 DM
Gemeinde Baiern	2.000 DM	Gemeinde Poing	9.000 DM
Gemeinde Egming	2.000 DM	Gemeinde Steinhöring	4.000 DM
Gemeinde Forstinning	3.000 DM	Gemeinde Vaterstetten	20.000 DM
Markt Glonn	4.000 DM		

Auf eine Umstellung auf Euro wurde 2002 zulässigerweise verzichtet.

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Die **Gesellschafterversammlung** besteht aus dem Geschäftsführer sowie den Vertretern der 13 Kommanditisten, wobei jeder Gesellschafter einen Sitz hat. Sie setzt sich seit der Neuwahl des Landrats im April 2013 für die restliche Wahlperiode 2008 – 2014 wie folgt zusammen:

Robert Niedergesäß	Landrat des Landkreises Ebersberg
NN	Ein Vorstandsmitglied der Kreissparkasse M-S-E
Franz Finauer	1. Bürgermeister der Gemeinde Anzing
Josef Zistl	1. Bürgermeister der Gemeinde Baiern
Ernst Eberherr	1. Bürgermeister der Gemeinde Egmatting
Arnold Schmidt	1. Bürgermeister der Gemeinde Forstinning
Martin Esterl	1. Bürgermeister des Marktes Glonn
Georg Hohmann	1. Bürgermeister des Marktes Markt Schwaben
Eugen Gillhuber	1. Bürgermeister der Gemeinde Moosach
Georg Rittler	1. Bürgermeister der Gemeinde Pliening
Alois Hofstetter	1. Bürgermeister der Gemeinde Steinhöring
NN bzw. Georg Reitsberger	1. Bürgermeister der Gemeinde Vaterstetten
Albert Hingerl	1. Bürgermeister der Gemeinde Poing
Udo Ockel	Geschäftsführer der Komplementärin

Der **Aufsichtsrat** besteht aus insgesamt 18 Mitgliedern. Dabei steht einem Gesellschafter je angefangener 10.000 DM Einlage ein Sitz im Aufsichtsrat zu. Er setzt sich seit der Neuwahl des Landrats im April 2013 für die restliche Wahlperiode 2008 – 2014 wie folgt zusammen (je 1.000 DM Einlage = 1 Stimme):

Robert Niedergesäß	Landrat des Landkreises Ebersberg
Bernhard Wieser	Kreistagsmitglied
Arnold Schmidt	Kreistagsmitglied
Ralf Kirchner	Kreistagsmitglied
Franz Greithanner	Kreistagsmitglied
NN	Ein Vorstandsmitglied der Kreissparkasse M-S-E
Franz Finauer	1. Bürgermeister der Gemeinde Anzing
Josef Zistl	1. Bürgermeister der Gemeinde Baiern
Ernst Eberherr	1. Bürgermeister der Gemeinde Egmatting
Arnold Schmidt	1. Bürgermeister der Gemeinde Forstinning
Martin Esterl	1. Bürgermeister der Gemeinde Glonn
Georg Hohmann	1. Bürgermeister der Gemeinde Markt Schwaben
Eugen Gillhuber	1. Bürgermeister der Gemeinde Moosach
Georg Rittler	1. Bürgermeister der Gemeinde Pliening
Alois Hofstetter	1. Bürgermeister der Gemeinde Steinhöring
NN bzw. Georg Reitsberger	1. Bürgermeister der Gemeinde Vaterstetten
Martin Wagner	Gemeinderatsmitglied der Gemeinde Vaterstetten
Albert Hingerl	1. Bürgermeister der Gemeinde Poing

Geschäftsführer und Bezüge des Geschäftsführers:

Geschäftsführerin ist die Komplementärin, also die GBEG Verwaltungs-GmbH mit ihrem Geschäftsführer Udo Ockel.

Die Komplementärin erhält für die Geschäftsführung Ersatz der damit zusammenhängenden Aufwendungen sowie eine Haftungs- und Tätigkeitsvergütung:

Jahr	Auszahlung
2004	9.616,76 €
2005	7.722,21 €
2006	8.769,00 €
2007	5.816,76 €
2008	10.190,16 €
2009	9.495,54 €
2010	9.556,78 €
2011	10.102,03 €
2012	6.970,46 €

Ertragslage zum Abschlussstichtag:

Stichtag	Bilanzsumme	Jahresüberschuss/-fehlbetrag
31.12.2004	6.617.376,10 €	- 330.647,09 €
31.12.2005	4.744.488,12 €	+ 651.678,88 €
31.12.2006	4.811.306,26 €	- 199.371,86 €
31.12.2007	5.147.736,89 €	- 324.163,89 €
31.12.2008	5.341.864,04 €	- 252.676,38 €
31.12.2009	6.455.055,92 €	- 276.470,26 €
31.12.2010	4.453.903,60 €	+ 977.514,66 €
31.12.2011	4.322.759,30 €	- 216.737,23 €
31.12.2012	4.849.539,07 €	- 252.048,11 €

Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten:

31.12.2004:	6.545.997,06 €
31.12.2005:	4.507.763,13 €
31.12.2006:	4.768.947,50 €
31.12.2007:	5.044.512,74 €
31.12.2008:	5.261.068,80 €
31.12.2009:	6.029.358,48 €
31.12.2010:	4.170.000,00 €
31.12.2011:	4.449.873,48 €
31.12.2012:	4.702.788,67 €

Anlagevermögen:

31.12.2004:	0,00 €
31.12.2005:	0,00 €
31.12.2006:	0,00 €
31.12.2007:	0,00 €
31.12.2008:	0,00 €
31.12.2009:	0,00 €
31.12.2010:	0,00 €
31.12.2011:	0,00 €
31.12.2012:	0,00 €

Jahresabschlussprüfung:

Der Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für 2012 liegt noch nicht vor.

Beteiligungsverwaltung
im Oktober 2013

gez.

Brigitte Keller

Leiterin Stabsstelle

Finanzen und Controlling